



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: TagesAnzeiger  
Formel Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1534  
Zirkular Riesa Nr. 22.

Nr. 36.

Dienstag, 12. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends  $\frac{1}{2}$  8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 25 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisberechtigung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für 50 Zeilen 8 Mark. Bestellungen und Abrechnungen sind zu richten an die Redaktion, Riesa, am Markt 21. Druckerei: Riesa, am Markt 21. Druckerei: Riesa, am Markt 21. Druckerei: Riesa, am Markt 21. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Hännung des Ruhrgebietes?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Wie wir zuverlässig erfahren, bekräftigt sich das von einer kaiserlichen Kommission gebrachte Verbot, daß der erste Sachverständigen-Ausschuß den Beschluß gefaßt hat, Frankreich die Hännung des Ruhrgebietes zu empfehlen. Diesem Beschluß haben die beiden französischen Sachverständigen zugestimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die große Nervosität, die sich in den letzten Tagen in Paris zeigt, auf diesen Beschluß zurückzuführen ist. Wir sind von durchaus einwanderter Seite dazu unterrichtet, daß der erste Sachverständigen-Ausschuß, der diesen Beschluß erst später in Paris in formeller Form fassen will, jetzt bereits die Pariser Regierung von der einstimmigen Ansicht der Sachverständigenkommission unterrichtet hat. Und es verlaßt mit Bestimmtheit, die Nervosität, die sich bei Poincaré gezeigt habe, sei weniger auf die Opposition der Kammer als auf die Drohung seiner Außenpolitik durch die Sachverständigenvorschläge zurückzuführen. Lediglich insoweit hat er auch bisher eine Unterredung mit dem neuen deutschen Votschatter vermieden und, wie es scheint, nach der ersten Erregung inzwischen einen Ausweg gefunden, der dem Vorschlag der Sachverständigen die Spitze abbrechen soll. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der bekannte Vertreter des "Matin", Jules Sauerwein, anscheinend inskribiert von Poincaré, ganz neue Gesichtspunkte der französischen Regierung aufwirft und zur Diskussion stellt, die sogar den französischen Willen erkennen lassen, mit einer anderen gearteten Sicherung des Ruhrgebietes einverstanden zu sein. Sollte man den Beschluß der Sachverständigen heute noch anerkennen, so müßte schon dieser durch Sauerwein gekennzeichnete Frontwechsel der französischen Politik genugsam beweisen, daß aus handelsrechtlichen zwingenden Gründen die bisherige Haltung Frankreichs in der Ruhrfrage geändert werden soll. Man ist nicht falsch unterrichtet, wenn man hört, die neuen Pläne der französischen Regierung seien bereits in Verhandlungen mit England verhandelt. Beweis hat die französische Regierung Interesse, möglichst bevor der Sachverständigenbeschluß offiziell vorliegt, zu einem Uebereinkommen mit England zu gelangen, um nicht gezwungen zu sein, schließlich dem Sachverständigen-Gutachten folgen zu müssen. Auch Poincaré hat sich moralisch verpflichtet, den Wünschen der Sachverständigen Rechnung zu tragen. Die ihm von dieser Seite drohende Gefahr verläßt er deshalb rechtsseitig abzulassen und die Pariser Presse bemüht sich, eine Diskussion einzuleiten, um den oben erwähnten Beschluß der Sachverständigen auf eine andere Basis zu lenken, die, wie behauptet wird, mit dem französischen Entgegenkommen in dieser Angelegenheit harmonischer würde. Jedenfalls scheinen sich die Dinge so zu gestalten, wie es von vornherein angenommen wurde: In der Sachverständigen-Kommission ist man der Ueberzeugung geworden, die Stabilisierung der deutschen Währung, die Erzielung von Ueberflüssen für Reparationszahlungen sei nur möglich, wenn die vollständige Behebung des Ruhrgebietes ausbleibe und die Reichsregierung uneingeschränkt auch über das Ruhrgebiet verfügen könne, dessen Einnahmen nicht zu entnehmen sind, während sie auf der anderen Seite nur negativ wirken, vor allem nicht allen Mitteln ausgeteilt werden können. Durch diese Anschauung der Sachverständigen-Kommission wird selbstverständlich eine sehr wirkungsvolle Poincaré'sche Bezeugung umgewandelt, und Poincaré sieht sich weniger durch die Kammer bedroht als durch einen derartigen Beschluß, der seine Politik diskreditieren würde und ihm den Erfolg seiner Außenpolitik schmälern müßte.

Vor allem hat die Zustimmung der beiden französischen Sachverständigen, die, wie man weiß, als einzige von der französischen Regierung instruiert wurden, während die übrigen Sachverständigen völlig unabhängig von ihren Regierungen handeln dürften, einen tiefen Eindruck auf Poincaré gemacht. Er müßte aus dieser Zustimmung der beiden französischen Sachverständigen die Ansicht gewinnen, daß seine Pläne, an die er selbst wahrhaftig mit voller Ueberzeugung geglaubt hat, unzulässig geworden seien. Die neuerliche Verleumdung seitens der französischen Regierung, distinktion von der französischen Presse, die Gefahr abzulassen, bemerken, daß Poincaré noch in letzter Stunde versucht, das Schicksal zu meistern. Es ist ihm gelingen wird, hängt davon ab, wie sich die englische Regierung verhält, die inzwischen selbstverständlich von dem Beschluß der ersten Sachverständigenkommission ebenfalls unterrichtet sein dürfte. Man hört, daß maßgebende amerikanische Finanzkreise und auch die amerikanische Regierung von diesem Vorschlag der Sachverständigenkommission Kenntnis erlangt haben und die Versicherung gegeben haben sollen, daß sie, falls eine Hännung des Ruhrgebietes erfolgt, nicht zögern würde, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um Deutschland zu finanzieren, aber auch um eine internationale Anleihe zu geben, die Frankreich zugute käme. Die Sachverständigen-Kommission hat im übrigen, wie man hört, Frankreich darauf hingewiesen, daß die Hännung des Ruhrgebietes für die französischen Finanzen ebenfalls den besten Einfluß bringen könnte, denn nur dadurch wäre es möglich, Frankreich in der nächsten Zeit größere Summen auszuführen, auf die es angesichts des schwankenden Frankens und des hart belasteten Etats nicht verzichten kann. Wenn man an Berliner maßgebender Stelle diesen weittragenden Beschluß in der Sachverständigenkommission noch nicht kennen will und überall dort, wo man Kenntnis von ihm hat, dennoch versucht, ihn abzulassen, so liegt selbstverständlich hierbei die Absicht zu Grunde, ihn nicht früher offiziell laut werden zu lassen, um die französische Regierung nicht in Anlegenheiten zu bringen und es für sie erschweren, durch eine neue faktische Einleitung diesem Vorschlag rechtzeitig entgegenzukommen und Rechnung zu tragen.

## v. Sösch bei Poincaré.

(Paris. Votschatter v. Sösch hat gestern nachmittags 2 Uhr dem Ministerpräsidenten Poincaré sein Verlaufsanschreiben überreicht. Die anschließende Unterredung dauerte 1/2 Stunden.

Nachdem der deutsche Votschatter v. Sösch Ministerpräsident Poincaré sein Verlaufsanschreiben überreicht hatte, entwickelte sich ein Gespräch, in dessen Verlauf der deutsche Votschatter einige Mitteilungen seiner Regierung machte, die sich auf die Wiederherstellung des modus vivendi in dem bestrittenen Gebiet bezogen. Der deutsche Votschatter legte das Memorandum der französischen Regierung vom 21. 1. zu Grunde, um die Forderungen der deutschen Regierung zu entwickeln. Er überreichte Poincaré ein Memorandum, in dem die Argumente und Wünsche der deutschen Regierung niedergelegt sind. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurden auch Fragen zur Sprache gebracht, die sich auf die Reparationsfrage als solche bezogen.

## Einigungsversuche über die Steuernotverordnung.

Seit Sonnabend verhandeln die Führer aller Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, täglich mit dem Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und Reichsjustizminister über die Möglichkeit, die tiefgehenden Differenzen zwischen der Regierung und den Parteien in der Frage der dritten Steuernotverordnung auszugleichen. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen läßt es zweifelhaft erscheinen, ob trotz des guten Willens beider Teile zur Verständigung über die umstrittenen Vorlage noch bis zum Ablauf der Geltungsdauer der Ermächtigungsgesetze eine Einigung erreicht werden kann. In den Steuerfragen, zu denen ja auch die Mehrwertsteuer gehört, ist eine Verständigung gerade jetzt besonders schwer, weil die Parteien angesichts der bevorstehenden Wahlen mit Rücksicht auf die Wähler der Regierungswünschen nicht soweit entgegenkommen können, wie es sonst wohl möglich wäre. Wird ein Kompromiß nicht bis zum 16. Februar, dem Ablauf der Ermächtigungsgesetze, erreicht, dann bliebe nur die Lösung, daß einzelne Teile des Entwurfs noch auf Grund des Ermächtigungsgesetzes als Verordnung herauskommen, während die übrigen den Weg der normalen Gesetzgebung im Reichstag nehmen müßten. Auch dann wäre freilich die Gefahr eines Konflikts und einer Reichstagsauflösung nicht aus der Welt zu schaffen.

## Vertreter der deutschen Landwirtschaft vor den Sachverständigen.

(Berlin. Vor dem 1. Sachverständigenausschuß war gestern der erste Vordringende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Freiherr von Wangenheim erschienen. Er legte ausführlich die Lage der deutschen Landwirtschaft dar und führte aus, die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft sei durch die ungebührliche Steuerbelastung, das erhöhte Risiko des Betriebes und die sinkenden Einkünfte außerordentlich gesunken. Nachdem die Depositen der landwirtschaftlichen Genossenschaften infolge der Geldentwertung verschwunden seien, falle die ganze Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft auf die Reichsbank, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sei.

Am Nachmittag wurde der zweite Vordringende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann von Schuck, gehört. Er heute als Vorkretzer der Industrie von Siemens und als Vertreter der Banken der Bankier von Wendelssohn geladen.

## Die Versorgung der Abgebanten.

Die Reichsregierung hat gestern dem Fünftehenauschuß des Reichsausschusses eine Beamtenbeschuldungsverordnung unterbreitet, mit der die Absicht verfolgt wird, den in den Abgebanten verletzten Beamten die Aufnahme einer anderen wirtschaftlichen Tätigkeit zu ermöglichen, indem ihnen der Erwerb und die Verwendung von Grund und Boden zu Garten- und landwirtschaftlicher Produktion erleichtert wird. Das soll dadurch geschehen, daß ein Teil des Abgebaltens oder Wartegeldes in eine der Höhe und Dauer nach feststehende wertbehaftete Rente umgewandelt werden kann. Der Kapitalwert der Rente entspricht dem Kapitalwert des umgewandelten Teils des Abgebaltens oder Wartegeldes unter Zugrundelegung der voraussichtlichen Lebensdauer der Beamten. Als Kapitalgeber kommen in erster Reihe die landwirtschaftlichen Kreditorganisationen und die gemeinnützigen Beamtenbanken in Betracht, doch wird auch die Verwendung von Privatkapital durch die Möglichkeit einer Verpfändung des zu erwerbenden Grundstücks erleichtert. Der Ausschuß empfahl der Regierung, auch den Wartegeldempfängern die Vorteile der Verordnung zugunsten zu machen.

## Erhöhung der Beamtgehälter?

Der Fünftehenauschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern mit einer Verordnung der Regierung zur Abänderung der zwölften Gradung des Beamtengesetzes. Die Verordnung ermächtigt den Reichsfinanzminister, andere Sätze für die Grundgehälter der Beamten festzusetzen. Als Zweck der Verordnung wurde von der Regierung angegeben, sobald die finanziellen Verhältnisse des Reiches es gestatten, müßte die Möglichkeit für eine Erhöhung der jetzigen niedrigen Gehaltsgehälter vorhanden sein. Die Verordnung solle verhindern, daß Schwierigkeiten technischer Art, wie sie aus einer Vertagung des Reichstags oder dem Ablauf der Legislaturperiode sich ergeben, diese Gehaltsänderungen hemmen oder verzögern. Der Ausschuß ersuchte die Reichsregierung, bei einer künftigen Neuregelung der Gehälter die Kinder- und Familienlagen wesentlich zu erhöhen.

## Deutschland und Rußland.

Von maßgebender Seite erhält unser Berliner Vertreter über die augenblicklichen Verhandlungen wegen der deutsch-russischen Beziehungen folgende zuverlässige Angaben:

Die Botschaft des deutschen Votschatters in Moskau, Graf Brockdorff-Rangau, mit der Reichsregierung über das künftige Verhältnis Deutschlands zu Rußland sind in den letzten Tagen zum Abschluß gekommen. Graf Brockdorff-Rangau hat behauptet, daß die Sowjet-Regierung neuerdings gegen große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu kämpfen habe, und daß infolge der steigenden Opposition gegen die Regierungsmethoden sehr scharfe Maßnahmen gegen die widerstrebenden Elemente angewendet würden. Die Wahl Koltows als Nachfolger Lenins bezeichnete der Votschatter als glücklich und knüpfte daran die Hoffnung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die in der letzten Zeit etwas getrübt waren, sich wieder bessern würden. Viel wird davon abhängen, ob es der russischen Regierung in absehbarer Zeit gelingen wird, englische Kredite zu erhalten und ob auch die deutsche Industrie nach den Sanierungsmahnahmen im Stande sein wird, dem russischen Abnehmer in größerem Maße Kredit einzuräumen, als das in letzter Zeit der Fall war. Denn das Abschließen der Handelsbeziehungen dürfte vielfach auf dem Hebel stehen, daß Rußland vielfach nicht in der Lage war, sofort bar zu bezahlen, während andererseits der deutsche Export infolge der Wirtschaftskrise langfristige Kredite nicht einräumen konnte. Graf Brockdorff-Rangau betonte, daß es einer wirtschaftlichen und politischen Weisheit bedürfte, um sich nicht von der englischen und italienischen Konkurrenz bei dem nunmehr eintretenden Wettbewerb drängen zu lassen.

## Das Gesamtwahlresultat in Thüringen.

(Weimar. Das vorläufige amtliche Gesamtwahlresultat beträgt nach Angabe des thüringischen Landeswahlkommissars: Ordnungsbund 884 601 Stimmen, Vereinigte Sozialdemokratische Partei 183 004 Stimmen, Kommunisten 149 581 Stimmen, Deutschnationale Partei 76 700 Stimmen, Freier Wirtschaftsbund 23 000 Stimmen und Unabhängige Sozialdemokraten 6100 Stimmen. Demnach würden auf den Ordnungsbund 32 Sitze, auf die Vereinigten Sozialdemokraten 15 Sitze, auf die Kommunisten 12 Sitze und auf die Deutschnationalen 8 Sitze.

## Kommunistische Parteipläne entdeckt.

(Stuttgart. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern ist es der Landespolizei durch die Verhaftung eines kommunistischen Kuriers und die Beschlagnahme des von ihm mitgeführten Materials gelungen, einwandfrei den Nachweis zu erbringen, daß die Kommunisten planten, am 12. Februar im ganzen Reich Demonstrationen zu veranstalten mit dem ausgesprochenen Zweck, diese Zusammenkünfte mit der Polizei herbeizuführen. Die Uebernahme und die aus den Betrieben geholten Arbeiter sollten in gemeinsamer Weise hierzu mißbraucht werden, während die eigentlichen Anführer sich im Hintergrunde halten wollten. Das Ministerium weist die Bevölkerung darauf hin, daß die Polizei angewiesen ist, verbote Verarmungen mit Entschiedenheit und mit allen Mitteln zu verhindern. Die Bevölkerung wird nachdrücklich ermahnt, den Zusammenkünften fernzubleiben.

## Reichstagszusammentritt am 20. Februar.

Der Vorkretzer des Reichstags hat in einer Sitzung am Montag abend beschlossen, den Reichstag am 20. Februar, nachmittags 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammenzutreten zu lassen. Die Tagesordnung wird erst Ende dieser Woche aufgestellt werden können, weil es noch zweifelhaft ist, ob die dritte Steuernotverordnung oder Teile von ihr als Regierungsvorlage dem Reichstag vorgelegt werden müssen. Als unwahrscheinlich gilt es, daß die Wahlreformvorlage dem Reichstag gehen wird.

## Ueber den Abbau des Ausnahmezustandes.

Von unterrichteter Seite gehen unserer Berliner Vertreter folgende authentische Mitteilungen zu: Die Reichsregierung will in den nächsten Tagen ausführliche Bestimmungen über den Abbau des militärischen Ausnahmezustandes erlassen; vor allen Dingen soll nach der erzielten Regelung des Verhältnisses in Thüringen durch die Wahl der Generalleutnant Hoff für die dortige verbleibende Gewalt in Thüringen von seinem Posten abberufen werden. Als oberster Inhaber der verbleibenden Gewalt für diesen Wehrkreisbezirk wird General Reinhard in Stuttgart die bisherigen Funktionen des Generalleutnants Hoff übernehmen. Die endgültige Aufhebung des Ausnahmezustandes ist für den Monat April vorgesehen. Inzwischen beabsichtigt das Reichsministerium, noch ergänzende Bestimmungen über die Handhabung der Maßnahmen gegen die Presse und der Schutzabergangung zu erlassen.

## Beratungen über die 3. Steuernotverordnung.

(Berlin. Der Unterausschuß des Fünftehenauschusses, der sich aus allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten zusammensetzt, setzte gestern nachmittags in Gegenwart des Reichsfinanzministers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsjustizministers seine Beratungen über die 3. Steuernotverordnung fort. Die Verhandlungen, die bis 8 Uhr dauerten, brachten noch kein Ergebnis.